

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis für den Monat Juli Mark 10 000.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr 10 000 zuzügl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 500 Mk. u. Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb.
Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren
Raum Mk. 600.—, auswärts Mk. 700.—. Reklame-
zeile 1500 Mk. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Inserate u. bei Anstuferteilung werden
jeweils 500 Mk. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konkurs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachzahlung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 162

Februar 179

Wildbad, Samstag, den 14. Juli 1923

Februar 179

58. Jahrgang

Politische Wochenschau

Am 11. Juli war ein halbes Jahr vergangen, seit französische und belgische Truppen in das Ruhrgebiet eingedrungen sind wider Recht und Vertrag. Unzählige Opfer vieler niederträchtigen Gewalttätigkeiten Poincarés, der der eigentliche Anstifter ist, sind auf der Straße geblieben; 75 000 Deutsche wurden in barbarischer Weise aus der Heimat vertrieben, unzählige Hauswesen sind zerstört, unermessliches Leid ist die Geschichte der sechs Monate für die Ruhrbevölkerung. Aber groß und herrlich wie am ersten Tag steht ihr Wille da, trotzdem die französischen und belgischen Schanddiäten auf Schanddiäten häuften, sich nicht zu beugen und unterdrücken zu lassen. Die Männer und Frauen an Ruhr und Rhein wissen, daß es in diesem Kampf um mehr geht, als um Kohlenlieferungen; sie wissen, daß der Schlag Frankreichs gegen den Bestand Deutschlands, gegen seine schönsten und reichsten Lande gerichtet ist. Und aus diesem Bewußtsein schöpfen sie die unerwärtliche Kraft zu ihrem passiven Widerstand. So hat sich unter feindlichem Druck eine Standhaftigkeit und Treue, ja in zahllosen Fällen ein Heldentum gezeigt, den man noch kurz vorher nicht für möglich gehalten hätte.

Ganz Deutschland hat seine Teilnahme bekundet, nicht als mitleidvoller Zuschauer, sondern als mitleidendes Volk. An keinem Teil des Vaterlandes ist das Ruhrverbrechen vorübergegangen. Es hat über uns alle schwere Leiden gebracht. Die schwebende Reichsschuld von 25 000 Milliarden Mark, der Notenumlauf der Reichsbank von 20 000 Milliarden, ein Goldzollaufgeld von 3 619 900 Prozent, das Herabsinken des Markwerts auf annähernd den 200 000sten Teil eines Dollars, die entsprechenden Preistafeln und ein Blick auf die Lebenshaltung zumal der mittleren Schichten des Volkes zeigt die Größe des in ganz Deutschland von den Franzosen angerichteten Übels. Ueber Deutschland hinaus klagt aber die ganze Welt über Verschlechterung des Wirtschaftslebens. Lange genug haben die Sozialdemokraten das Unheil totales mitangesehen. Weder der feige, brutale Vertragsbruch, noch die Schrecklichkeiten der Einbrecher haben ihr Blut in Wallung gebracht. Erst als ihr Geldbeutel in Mitleidenschaft gezogen wurde, haben sie dem Ruhrereignis größere Aufmerksamkeit gewidmet. Zweck wurde die deutsche Reichsregierung vorgeschickt, und schweren Herzens und anfangs mit üblem Mißerfolg hat das Kabinett Euno den Auftrag übernommen und sich an die Mächte gewendet.

Daraus entwickelte sich dann der diplomatische Zweikampf zwischen England und Frankreich, der in jenem Fragebogen der englischen Regierung den Gipfelpunkt erreichte und der die ganze Welt in Spannung versetzte. England ließ schweites Geschütz aufheben, wochenlang gingen die diplomatischen Verhandlungen hin und her, die Blätter führten einen Druckerzwärzel; eig. der die berühmtesten Feilen und Georges übertrumpfte. Die Einkreisung Frankreichs und der Sieg Baldwin schien unabwendbar. Baldwin bekam vom Unterhaus die starke Vermehrung der englischen Luftwehr, die sich gegen die französische Hebermacht richtete, glatt bewilligt; Italien entfremdete sich Frankreich zusehends und neigte England zu, Belgien war wenigstens schwankend geworden. In den Verhandlungen auf der Friedenskonferenz in Lausanne erfuhr die maßlose Politik Poincarés eine schwere Niederlage. Die Konferenz hatte am 21. November 1922 begonnen, war am 7. Februar 1923 durch Frankreichs Schuld abgebrochen und am 23. März wieder aufgenommen worden. Am 9. Juli einigten sich die Verbündeten, das Abkommen anzunehmen, das den türkischen Forderungen fast durchweg Rechnung trägt. Dieser beachtliche Erfolg der Taten ist neben der Festigkeit Ismet Paschas dem Umstand zuzuschreiben, daß England die französische Politik nicht mehr mitmachte. Poincaré hat sich die neugewonnene türkische Freundschaft versichert, dafür ist England in den Geruch der Türkenfreundlichkeit gekommen, und es wird daraus Kapital zu schlagen wissen.

Der Versuch Poincarés, das Eingreifen des Papstes in den Ruhrstreit zu seinen Gunsten auszuschließen, ist gänzlich mißglückt. Während er zuerst dem bekannten Brief des Papstes an den Kardinalstaatssekretär Gasparri die Deutung unterlegt hatte, als ob der Papst eine Zahlungslust Deutschland habe feststellen und todeln wollen, mußte er in der Abgeordnetenkommission zugeben, daß des Papstes Tadel gegen die französische Ruhrpolitik gerichtet sei und nun wurde er grob und meinte das Ruhrunternehmen gehe den Papst gar nichts an. Ob dann das Telegramm an den Münchener Nuntius, in dem die „verbrecherliche“ Sabotage urteilt wurde, auf französischen Einfluß im Vatikan zurückzuführen war, ist dunkel; als erwiesen ist anzusehen, daß die Unfreundlichkeit gegen Deutschland, daß das Telegramm gegen allen diplomatischen Brauch in ausländischen Zeitungen veröffentlicht wurde, als es kaum in München eingetroffen war, eine französische Tat war; auch die Einkreisung

Tagespiegel

Die belgische Regierungserklärung findet in Frankreich starke Ablehnung und wird als ein Schlag gegen die französische Ruhrpolitik empfunden.

Im englischen Oberhaus erklärte Grey der Militarismus keine Nation. Der französische Militarismus sei die größte Gefahr für die französische Sicherheit.

Poincaré hat durch seine Einbruchstruppen Varmen vorübergehend besetzen lassen, was als Demonstration auf die Einbruchstruppen angesehen wird.

Auch sonst mehren sich die Vorstöße der französischen Einbruchstruppen und die scharfen Repressalien in Tuisburg und anderen Städten.

In London hat der tschechische Ministerpräsident Dr. Beneš im Reparationskonflikt eine Vermittlung in Form einer Sanierungsaktion für Deutschland nach dem Vorbild Oesterreichs vorgeschlagen.

Die Ausdrücke „verbrecherlich“ und „verbrecherische Arbeit“ sind französisch. Arbeit sein. Uebrigens hat der Papst sofort, als er von den barbarischen „Sanktionen“ hörte, die wegen des Duisburger Eisenbahnunfalls gegen verschiedene Städte verhängt werden sollten, in Paris und Brüssel entschiedene Vorstellungen erheben lassen, was ihm, wenigstens von Poincaré, wieder sehr übel genommen wurde. Von dem ungelieblichen päpstlichen Tadel gegen Deutschland ist im gegnerischen Lager nichts mehr zu hören. Und sie haben allen Grund, zu schweigen. Man hört ja nun, daß der Anschlag gegen den belgischen Helaubergzug nicht von Belgiern selber, so doch von einigen Anarchisten verübt worden sei, unter denen ein — Franzose sich befunden habe. Mit „deutschen Verbrechern“, die man so gut hätte brauchen können, um sie gegen die englischen Einwendungen auszuspielen, scheint es also nichts zu sein.

Gänzlich verfehlt war vollends der Aufmarsch des französischen Botschafters und des belgischen Geschäftsträgers beim Reichsminister von Rosenberg und des Verlaucen, die Reichsregierung solle öffentlich erklären, daß sie die „verbrecherische Sabotage“ im besetzten Gebiet verurteile. Das sollte das amtliche Eingeständnis sein, daß die Reichsregierung den Duisburger Vorfall als ein von Deutschen begangenes Verbrechen zugebe. Der Minister ging aber nicht in die Falle. Er erwiderte den beiden schlauen Diplomaten, da die Befugnisse der deutschen Polizei die Beteiligung an der Unterjochung des Falles unterlag haben, habe die Regierung davon nur durch Zeitungsberichte Kenntnis erlangt, sie sei also nicht in der Lage, sich ein Urteil zu bilden, geschweige denn eine deutsche Schuld einzuräumen. Die Diplomaten drohten, sie werden Berlin verlassen. Ein Achselzucken war die Antwort. — In Deutschland würde man ihnen keine Träne nachweinen.

Am meisten hat es aber Poincaré bedrückt, daß es der englischen Politik gelungen zu sein schien, in dem diplomatischen Kampf gegen Frankreich die Vereinigten Staaten auf ihre Seite zu ziehen. Manche Anzeichen sprachen dafür. Da griff Poincaré zu einer List. Die amerikanische Regierung hat Frankreich trotz aller Franzosenliebe nicht verzeihen können, daß es die berühmte Washingtoner Abrüstungskonferenz, auf die Präsident Harding sich so viel einbildete und die er als Schlagwort für die bevorstehende Präsidentschaftswahl notwendig braucht, so gut wie nutzlos gemacht hatte, indem Frankreich die auch ihm in dem Abkommen auferlegte Einschränkung der Flottenrüstung bisher nicht anerkannt hatte. Poincaré ließ nun schleunigst am 7. und 11. Juli das Abkommen durch Kammer und Senat bestätigen. Er erklärte aber gleich in der Kammer: „Wenn der Tag kommt, wo Frankreich seine Freiheit (von dem Abkommen) beansprucht, so möchte ich den sehen, der ihm diese Freiheit nehmen wollte!“

Aus dieser Hinterhältigkeit der französischen Politik geht schon hervor, daß die Restätigung des Flottenabkommens — auf die Abrüstung des Landheers läßt die französische Regierung sich überhaupt nicht ein — sachlich von geringem Wert ist, um so größer ist die politische Tragweite. Poincaré bekommt bei den Amerikanern einen großen Stein ins Brett, ferner eine Hand die andere wäscht. Auch der englischen Politik gegenüber war der Trumpf nicht schlecht gewählt. Nicht nur in seiner Partei, sondern in der Regierung selbst hat der englische Ministerpräsident mit Widerständen zu rechnen von Leuten, die ebenso französischfreundlich wie deutschfeindlich sind. Zweifellos ist dieser Widerstand durch das „Entgegenkommen“ der Franzosen in der Abrüstungsfrage gestärkt worden. Da kommt, daß plötzlich einmal wieder der tschechische

fische Außenminister und frühere Professor Dr. Beneš, ein gewiegter Diplomat von Natur, in Paris und London aufgetaucht ist, zur Freude, wenn nicht auf Bestellung Poincarés. Beneš pflegt immer dann zu erscheinen, wenn die Entente, das „herzliche Einvernehmen“ auch äußerlich in die Brüche zu gehen droht. Er ist besser als sonst jemand davon unterrichtet, was sich in Deutschland abspielt und im Rat der Verbündeten hat seine Meinung hohe Bedeutung. Und diese ist: Das gute Einvernehmen zwischen Paris und London ist die unbedingte Voraussetzung für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Frieden in Mitteleuropa; — Die Auflösung des Verbands wäre eine unmittelbare Bedrohung der Tschechoslowakei. — Nun, in Paris war man, wie immer, von dem Besuch des weisen Mannes sehr befriedigt und auch in London hat er eine gar freundliche Aufnahme gefunden, er wurde sogar von Lord Curzon zu Tisch geladen.

Es mag sein, daß Beneš auf die Abfassung der Erklärung, die der Minister Baldwin am Donnerstag nachmittag im Unterhaus zur Entschuldigungsfrage abgab und die kurz vor der Veröffentlichung noch dem Ministerrat vorgelegt wurde, hinsichtlich der Form einige Beeinflussung ausgeübt hat, denn die Erklärung ist in überaus ruhigem Ton gehalten und vermeidet jeden Ausdruck, an dem man sich in Paris etwa stoßen könnte. Baldwin weist nachdrücklich darauf hin, daß die wichtigste Frage in Europa die endgültige Regelung der deutschen Kriegsschuldfrage und die Wiederherstellung der Sicherheit sei. Deutschland soll nichts geschenkt werden, es soll zahlen bis zur äußersten Möglichkeit. Aber der Weg der Gewalttätigkeit, den Frankreich eingeschlagen hat, führte nicht nur nicht zu diesem Ziel, sondern verschimmerte die Lage, indem Deutschland durch die Ruhrbesetzung immer zahlungsunfähiger gemacht werde. England habe diese Folgen vorausgesehen und Frankreich ergebens gewarnt. Deutschland scheine jetzt selbst absichtlich auf seinen wirtschaftlichen Zerfall hinzuwirken. Hier glaubt man Poincaré oder Beneš zu hören. Tatsächlich sei jetzt der Frieden in Gefahr und England halte sich verpflichtet, ohne Verzögerung einzugreifen, in der Absicht, Frankreich und Belgien zu helfen. Dies werde geschehen, indem England durch eine Antwort auf das deutsche Angebot vom 7. Juni, das doch endlich beantwortet werden müsse, Verhandlungen mit Deutschland einzuleiten gedünke, an denen sich, wie Baldwin hofft, alle Verbündeten beteiligen werden, wie er auch wünscht, daß sie auf den Wortlaut der Antwort sich einigen.

Das sind in der Hauptsache die Grundzüge, die in jener wahren Mitteilung des Londoner „Observer“ angeführt worden. Es fehlt aber in der Erklärung Baldwin jede Andeutung, daß auch die neutralen Mächte zu der Konferenz zugezogen werden sollten, falls Frankreich und Belgien sich dem Schritt Englands nicht anschließen sollten. Auch der Beziehung Amerikas wird mit keinem Wort mehr Erwähnung getan; vielleicht weil von drüben nach anfänglicher Geneigtheit — die indessen auch nur eine Scheinbare und „diplomatische“ gewesen sein kann, um Frankreich für gewisse amerikanische Wünsche empfänglicher zu machen — zu guter Letzt doch eine Absage kam, nachdem Frankreich dem Flottenabkommen der Form nach beigetreten war. Bemerkenswert ist, daß in der Erklärung der passive Widerstand und die sogenannte Sabotage mit Stillschweigen übergangen wird, womit natürlich nicht ausgeschlossen wird, daß die französische Forderung der Kapitulation nicht etwa in der gemeinsamen Antwort eine entscheidende Rolle zu spielen berufen wäre. Von der Kapitulation Deutschlands soll ja, nach wiederholten Pariser Erklärungen, das Mittum Frankreichs und Belgiens überhaupt abhängig gemacht werden. Die Frage ist also die, ob Baldwin der Zusammenarbeit mit Frankreich bei den von England einzuleitenden Entschuldigungsverhandlungen so großen Wert beilegt, daß er sich der bisher von ihm beharrlich abgelehnten Bedingung Poincarés unterwirft, oder ob er willens ist, unter Wahrung seines bisherigen Standpunkts, die Frage auch ohne Frankreich der Lösung entgegenzuführen. Aus der Erklärung selbst kann man keinen Anhaltspunkt weder für die eine noch die andere Entscheidung entnehmen. Das Wort Politik müßte den Sinn einer bestimmten Richtung für England verlieren, wenn Baldwin sich unterwürfe. Die Absichten des Länderraubs werden denn doch nachgerade von Frankreich so offensichtlich betrieben, daß England auch nicht den geringsten Vorwand mehr hätte, seine Blöße zu decken, wenn es Poincaré im Ruhrgebiet weiter so schalten und walten ließe oder ihn gar noch in irgend einer Form unterwürfige Varmen und Eiberfeld besetzt worden; die Besetzung wird auch nach anderen Richtungen immer weiter vorgeschoben, da und dort stehen französische und belgische Abteilungen ins unbefestigte Gebiet vor, die Begriffe besetztes und unbefestetes Gebiet beginnen sich zu verwischen. Und zum französischen Revolutionsfest am 14. Juli soll, so verlautet gerücheweise, von den Landesverrätern Dorten, Smeets und Genossen unter dem Beistand der franzö-



